

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 27. November 1989
VERTRAULICHInformations hebdomadaires 48/89

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Offizieller Besuch von Staatssekretär K. Jacobi in der VR Bulgarien, 20./21. November 1989	2
2) Besuch vom 23. November 1989 des israelischen Stellvertretenden Aussenministers Benjamin Netanyahu bei Staatssekretär Jacobi	7
3) Arbeitsbesuch vom 23. November 1989 des Generaldirektors Europa im iranischen Aussenministerium, Hussein Musavian	10
4) Informelle Besuche und Gespräche des Generalsekretärs der israelischen MAPAM, Elazar Granot, und des Informationschefs der PLO, Chaled El Hassan, bei Staatssekretär Jacobi, Botschafter Rüegg und Botschafter Ducrey (22.11.89)	13
5) Beziehungen EG/EFTA-Länder: follow-up von Brüssel	15
6) Staatspräsident Roh Tae Woo zu Besuch in der Schweiz	16
7) Indonesischer Industrieminister Hartarto in der Schweiz (22.-25.11.89)	17
6) UNIDO: Dritte Session der Generalkonferenz Wien Wien, 20.-24. November 1989 (Chef der Schweizer Delegation: Botschafter P.-L. Girard, BAWI)	18
7) Besuch von Botschafter P.-L. Girard in Thailand und Malaysia	20
8) Vorwürfe gegen Botschafter Alfred Hohl	22



Offizieller Besuch von Staatssekretär K. Jacobi in der
VR Bulgarien, 20./21. November 1989

Die Gespräche, welche Staatssekretär K. Jacobi (JAC) in Sofia mit seinem Gastgeber, Vizeausserminister Lyuben Gotsev (G), und daneben auch mit den praktisch gleichentags ernannten neuen Ministern Boyko Dimitrov (auswärtige Angelegenheiten) und Christo Christov (Aussenwirtschaft) führte, fanden inmitten eines neuen politischen Reformklimas statt, das mit der überraschenden Ablösung vor knapp zwei Wochen des langjährigen Staats- und Parteichefs Todor Jivkov nun auch in Bulgarien eingesetzt zu haben scheint. (So erlebte Sofia über das Wochenende vom 18./19. November 1989 die ersten Massendemonstrationen in der Geschichte der VRB zugunsten der Durchführung demokratischer Reformen.)

Nebst bilateralen Fragen wurden vor allem die politischen und die wirtschaftlichen Reformabsichten der neuen Führung des Gastlandes sowie die Haltung der Schweiz gegenüber reformwilligen Staaten Osteuropas besprochen. Bedauerlicherweise kam eine zwischen JAC und einem Vertreter der oppositionellen Gruppierung Oeko-Glasnost vereinbarte Zusammenkunft aus uns derzeit noch unbekanntem Gründen nicht zustande.

1. Gespräch mit dem bulgarischen Aussenminister Boyko Dimitrov
(D), 21.11.1989

Für den tags zuvor zum Aussenminister ernannten D, der die Nachfolge des zum Staats- und Parteichefs ernannten Petar Mladenov übernimmt, war JAC der erste ausländische Gesprächspartner.

Die vorrangigsten Aufgaben, welche die neue bulgarische Regierung zu erfüllen hat, sind laut D die Umsetzung in die Praxis von radikalen und dauerhaften Veränderungen im Inneren sowie die Oeffnung des Landes gegenüber Ost und West in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. D, der seit 1981 dem ZK der KPB angehört, versteht darunter die Absage an den herkömmlichen Autoritarismus und die Schaffung

eines demokratischen, dem Menschen und nicht dem Regime verpflichteten Sozialismus. Der KPB fällt dabei die Rolle zu, das in politischen Sachen noch ungebildete Volk zur freien Meinungsäusserung zu erziehen. Auf dieser Basis können längerfristig auch andere politische Parteien zugelassen werden. Gegenüber intellektuellen Gruppierungen liess D eine gewisse Dialogbereitschaft der KPB durchblicken. In wirtschaftlicher Hinsicht schwebt D eine marktähnliche Ordnung vor, in der der Staat die starke Hand behält und die Angebotspreise bestimmt. Dies sei notwendig, denn die grundlegenden Probleme seien die Inflation und die wachsende Aussenverschuldung. Das ZK wird sich demnächst an einer Sondersitzung auch damit befassen und anschliessend die volle Wahrheit über die tatsächlich vorherrschende Wirtschaftslage bekanntgeben. D schätzt die Lage sehr ernst ein und möchte die westlichen Industriestaaten dazu aufrufen, mit der Gewährung von Unterstützungsmassnahmen nicht länger abzuwarten. Falls dies nicht rechtzeitig geschehe, bestünde eine Gefahr für die Erhaltung des sozialen Friedens.

Für JAC vermag die von D skizzierte Vorstellung über eine marktähnliche Ordnung nicht ganz zu befriedigen. Er sicherte jedoch D die grundsätzliche Bereitschaft der Schweiz zur Gewährung von Unterstützungsmassnahmen zu, falls bulgarischerseits konkrete Reformen im Sinne von Demokratie, Pluralismus und freie Marktwirtschaft ergriffen würden. Seitens der Schweiz könnte dann beispielsweise in erster Linie dem vordringlichen Bedarf an Ausbildung qualifizierter Facharbeiter und Werkmeister entsprochen werden.

Bezugnehmend auf die laufenden bilateralen ISA-Verhandlungen, erwähnte JAC, dass sich Bulgarien von einem solchen Abkommen grosse wirtschaftliche Vorteile erhoffen dürfe, vorausgesetzt natürlich, dass ein günstiges Investitionsklima geschaffen werde. D wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer behutsamen Wirtschaftsreform hin, welche sich zunächst mit der Frage der Lewa-Konvertibilität zu befassen haben wird.

2. Gespräch mit Vizeausserminister Lyuben Gotsev (G), 20.11.1989

Im Vordergrund dieses Gesprächs standen nebst den bilateralen Fragen die aktuellen Reformabsichten der neuen bulgarischen Führung sowie deren Wunsch nach Gewährung schweizerischer Unterstützung. G drückte sich allerdings im Vergleich zu Aussenminister Dimitrov allgemeiner und konservativer aus. Er erwähnte eingangs die Notwendigkeit eines näheren Zusammenrückens zwischen Ost und West, das nun auch auf der Ebene der mittleren und kleineren Staaten zu erfolgen habe. Diese Chance zu nutzen erfordere eine neue Denkart, bei der die nationalen Interessen zugunsten der Lösung internationaler Probleme (Umwelt, Gesundheit, Rohstoffe) zurückzutreten haben. Eine Möglichkeit zur Realisierung dieses Vorhabens biete das "gemeinsame Haus Europa". G ist der Ansicht, dass die Schweiz zu sehr auf die Bewahrung ihrer Sonderstellung in Europa bedacht ist. Es gelte jetzt, gegenseitige Vorurteile in Ost und West abzubauen. Bulgarien habe in dieser Hinsicht seine Aussenpolitik bereits überdacht und direkte Kontakte zur NATO, WEU und EG geknüpft. G ersucht die Schweiz, das bulgarische Gesuch um Aufnahme in das GATT und in den Europarat (im Sinne des Gästestatuts bei der parlamentarischen Versammlung) zu unterstützen. Zur Lage in Bulgarien berief sich G auf die neue Parteilinie, welche sich jüngst zu "demokratischen Reformen im Rahmen eines menschlichen Sozialismus" bekannt hat. Die bulgarische Kehrtwende hat laut G interne Wurzeln, sie sei aber auch dem Einfluss von Gorbatschews Reformdenken sowie den Ereignissen in der DDR zuzuschreiben. Man habe jetzt die Absicht, Bulgarien in einen demokratischen Rechtsstaat zu verwandeln und weiterhin an der geplanten Einführung gewisser marktwirtschaftlicher Elemente festzuhalten. G kündigte auch unpopuläre Massnahmen an, die zur Sanierung der Wirtschaft in Kürze getroffen werden müssten. Schliesslich bat G die Schweiz, Bulgarien in die Kategorie der unterstützungswürdigen Reformländer aufzunehmen. G legte speziellen Wert auf die Ausbildung von Facharbeiter und Werkmeister.

JAC hob die geschichtliche Bedeutung des Reformprozesses in Osteuropa hervor und betonte das Interesse der Schweiz an einem kontrollierten, die internationale Stabilität nicht gefährdenden Wandel in diesem Teil Europas. Gleichzeitig legte er seinem Gesprächspartner die oben erwähnten Grundzüge der schweizerischen Unterstützungsbereitschaft dar. Deshalb werde man sehr genau die Entwicklung in Bulgarien verfolgen. Betreffend das bulgarische Gesuch um Aufnahme in das GATT, wies JAC auf die Schwierigkeit der Integration streng planwirtschaftlicher Systeme in ein solches Abkommen hin und auf die derzeitige Prüfung dieser Frage hinsichtlich Chinas.

G beendete das Gespräch mit einem kurzen Ueberblick über die bilateralen Beziehungen Bulgariens zu den übrigen Ländern im Balkan. Ueber das Verhältnis zur Türkei, deren Menschenrechtspolitik er bedauerte, äusserte sich G vorsichtig optimistisch. Man habe dankend vom schweizerischen Disponibilitätsangebot Kenntnis genommen und hoffe derzeit, dass die in Kuwait begonnenen Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen werden. Die nächste Verhandlungsrunde ist auf Ende November d.J. angesagt.

Bilaterale Fragen (Zusammenfassung) : Die bilateralen Beziehungen wurden beiderseits als sehr gut und vertiefenswert eingeschätzt. Schweizerischerseits wurden folgende Themen aufgebracht : Sonderabgabe für schweizerische Lastwagen (Unterbereitung eines Aide-Mémoires), Kultur, ISA-Verhandlungen und DBA-Vorgespräche, Umweltschutz, Genfer Zusatzprotokolle. Die bulgarische Seite unterbreitete mehrere Vorschläge : Intensivierung der politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte, Verkürzung der Fristen für die Erteilung von Visa, Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluss eines Rechtshilfeabkommens in Strafsachen.

G bedankte sich auch für die aktive Rolle der Schweiz bei der Vorbereitung der Sofioter KSZE-Umweltschutzkonferenz. JAC sprach abschliessend G eine Einladung zu einem nächstjährigen Gegenbesuch in die Schweiz aus.

3. Gespräch mit Aussenwirtschaftsminister Christo Christov (C),
21.11.1989

Für C, welcher sich zu den Reformbemühungen in Bulgarien im ähnlichen Sinne wie Aussenminister Dimitrov und Vizeaussenminister Gotsev äusserte, ist das Modell der freien Marktwirtschaft auch anwendbar auf ein sozialistisches System. Wie D und G, ersuchte auch C die Schweiz um Unterstützung. Daneben brachte er bilaterale Handelsfragen auf.

Besuch vom 23. November 1989 des israelischen Stellvertretenden Aussenministers Benjamin Netanyahu bei Staatssekretär Jacobi

Netanyahu (N) wird zu den Hardliners innerhalb des Likud gezählt und ist ein enger Vertrauter Aussenminister Arens'. N will seinen Besuch in Bern als Ausdruck der Neubeurteilung der Bedeutung Europas durch die israelische Regierung verstanden wissen. Im Zentrum des Gesprächs standen die Friedensbemühungen zur Lösung des Nahost-Konfliktes. Gemäss N verfolgt der Shamir-Plan 2 Ziele:

1. Vorschlag zur Verbesserung der Situation der Araber in den besetzten Gebieten, wobei es hier um ein Minderheitenproblem geht.
2. Sicherung der Existenz Israels. Die PLO verfolgt immer noch eine Politik, die auf die Zerstörung Israels abzielt. Was Arafat gegenüber westlichen Gesprächspartnern und Medien verlauten lässt, entspricht nicht dem, was in der arabischen Welt publiziert wird. Ein unabhängiger Staat Palästina bedroht Israel in seiner Existenz. Für die PLO sei die Westbank von keinem Interesse, was sie in ihren Besitz bringen wollen, seien die Küstengebiete mit den dortigen Städten. Würden sie die Westbank erhalten, wäre dies ein ausgezeichnetes Sprungbrett für die Realisierung ihrer Pläne. Eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 ist aus strategischen Gründen nicht möglich. Diejenigen Kreise, die sich in Israel für Gebietsabtretungen einsetzen, befürworten andererseits die Ausrüstung der Armee mit Nuklearwaffen. Israel besitzt keine Atomwaffen und zieht ihre Anwendung auch nicht in Betracht. Es wird nicht als Erster im Nahen Osten diese Waffen einsetzen.

Israel lehnt eine internationale Friedenskonferenz ab, weil erfahrungsgemäss an derartigen Konferenzen die extremen Tendenzen, die durch Libyen und Syrien verkörpert würden, gegenüber gemässigeren Staaten obsiegten.

Die Intifada gegen die israelische Besatzungsmacht zeigt Er-lahmungserscheinungen. Hingegen habe die Intifada gegen die palästinensische Bevölkerung an Ausmass und Brutalität be-ängstigend zugenommen. Die Tatsache, dass dieses Phänomen mit der Bekanntmachung des Shamir-Planes zusammenfalle, bewertet N als Beweis dafür, dass die PLO befürchte, in den besetzten Ge-bieten könnte sich eine PLO-unabhängige palästinensische Führung herausbilden, womit ihr Selbstverständnis, die alleinige legitime Vertreterin der palästinensischen Be-völkerung zu sein, ad absurdum geführt würde.

N wirbt auch mit dem Argument für die israelische Politik, dass sich sein Land im Nahen Osten mit Armeen der arabischen Länder konfrontiert sähe, die, wenigstens vom Umfang her gesehen, bedeutender seien als diejenigen der NATO. Besondere Furcht scheint die Armee Iraks zu bereiten. 85 - 90 % der israelischen Bevölkerung stehe hinter der offiziellen Politik.

Das Gespräch mit dem israelischen Stellvertretenden Aussen-minister berührte auch die Entwicklungen in Osteuropa (es wird ein starker Anstieg der jüdischen Immigration erwartet und sich prioritär die Frage nach Beschäftigungsmöglichkeiten stellen), die Zunahme der Staaten, die mit Israel bilaterale Beziehungen aufnehmen werden (in Vordergrund stehen die ost-europäischen Staaten, die sich davon Zugang zu den bedeutenden Finanzquellen der jüdischen Diaspora erhoffen), sowie die innenpolitische Lage in Israel (N verwendet sich für eine wirtschaftliche Umgestaltung mit vermehrter Uebertragung von Verantwortung auf die Privatwirtschaft sowie für eine Demokratisierung im politischen Bereich, wie z.B. Präsidentschaftswahlen durch das Volk).

Zum Libanonkonflikt bemerkt N, dass man es hier im wesentlichen mit einem Stellvertreterkrieg zu tun habe. Israel verfolge im Süden Libanons einzig Sicherheitsinteressen. Einige hundert dort stationierte Soldaten erfüllten diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Amalmilizen vorzüglich. Ueber den Aufenthaltsort der beiden IKRK Delegierten besitzt N keine Angaben.

Am Ende der Gespräche lädt N Staatssekretär Jacobi nach Israel ein, die letzterer mit dem Hinweis auf die bereits vom Generaldirektor Merchav am 15. August 1989 ausgesprochenen Einladung akzeptiert.

Am Freitag, dem 24.11.1989 wurde Netanyahu von Bundesrat Felber zu einem Gespräch empfangen. Dabei wurde in grosser Offenheit ein Meinungs austausch über die Nahost-Problematik geführt. Bundesrat Felber wies auf die Beeinträchtigung des Images Israels im Ausland hin und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass dieses verbessert werden könnte, wenn Israel in den besetzten Gebieten die 4. Genfer Konvention besser beachten würde.

Arbeitsbesuch vom 23.11.1989 des Generaldirektors Europa
im iranischen Aussenministerium, Hussein Musavian

Musavian (M), ein Vertrauter Präsident Rafsanjanis, wurde am Donnerstag, den 23. November 1989 nacheinander von Botschafter Rüegg, Bundesrat Felber und Staatssekretär Jacobi zu Gesprächen empfangen. Der iranische Gesprächspartner legte dabei eine überraschend pragmatische Haltung an den Tag, damit dokumentierend, dass die heutige Teheraner Führung schrittweise auf Distanz zur Aera Khomeiny geht. Die Spannungen mit den Ländern Westeuropas gehörten der Vergangenheit an, was seine Reise in verschiedene Hauptstädte Westeuropas erkläre. Es sei auch die Absicht Irans, seine Beziehungen mit den Nachbarländern (Golfstaaten und Saudi-Arabien) zu normalisieren und zu entwickeln. Seine Beziehungen zur Sowjetunion haben sich entscheidend verbessert. Folgende Themen bildeten den Schwerpunkt der Gespräche.

1. Der Wiederaufbau des Irans

Der Wiederaufbau des Landes ist ein prioritäres Anliegen. Die Regierung hat einen 5-Jahresplan ausgearbeitet, der jetzt beim Parlament liegt und in ca. 2 Monaten verabschiedet werden soll. Er wird eine weitgehende Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft bringen und sieht ein Investitionsvolumen von 104 Mrd \$ vor. Es sollen ausländische Kredite in der Höhe von 18 Mrd \$ aufgenommen werden. Den ausländischen Investoren sollen alle nötigen Sicherheitsgarantien geboten werden.

2. Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Obwohl sich der bilaterale Handel nach der Revolution positiv entwickelt hat - das Gesamtvolumen beträgt 400 - 500 Mio Franken - ist letzterer nach Ansicht M ausbaufähig und könnte auf 1 Mrd Franken angehoben werden. Die Handelsbilanz ist für den Iran stark negativ, nur 1/5 wird durch iranische Lieferungen ausgeglichen.

3. Diplomatische und kulturelle Beziehungen

M schlägt vor, dass zwischen den beiden Ländern jährlich ein Treffen auf höherer Ebene stattfinden sollte, Vorschlag, der von Bundesrat Felber positiv aufgenommen wird. M tritt auch für eine Intensivierung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen ein (Austausch von Professoren, Studenten und Gewährung gegenseitiger Stipendien). Schweizerischerseits wird darauf hingewiesen, dass der Bund im Kulturbereich wenig Kompetenzen hat. M regt auch einen regelmässigen Kontakt zwischen Parlamentariern beider Staaten an.

4. Regionale Konflikte

4.1. Afghanistan

M vertritt die Auffassung, dass mit dem Abzug der sowjetischen Truppen das wichtigste Hindernis zur Befriedung des Landes weggefallen ist. Im Vordergrund steht nun für den Iran die Einigung der Widerstandskräfte, man habe hierbei bereits Fortschritte erzielt, es sei jedoch ein schwieriges und langwieriges Unterfangen. Präsident Rafsanjani hat in Moskau sehr positive Gespräche über das Afghanistan-Problem geführt. Gorbatschow und Rafsanjani stimmten namentlich darin überein, dass der Chef des Kabuler Regimes, Najibullah, abtreten müsse; iranischerseits hat man keine Einwände dagegen, wenn einige Vertreter des jetzigen Regimes

auch einer neuen Regierung angehören würden. Iran wünscht sich ein unabhängiges, nicht paktgebundenes Afghanistan, das mit sämtlichen Nachbarstaaten gute Beziehungen pflegt. Iran ist auch bereit, allfällige schweizerische Initiativen, die auf Wunsch des UN-Generalsekretärs ergriffen würden, zu unterstützen.

4.2. UNO-Sicherheitsratsresolution 598

M widmet diesem Fragenkomplex relativ breiten Raum und legt dar, dass der Iran bisher sämtliche Vorschläge des UNO-Generalsekretärs und des Spezialbeauftragten Eliasson bezüglich der zeitlichen Abfolge der Schritte hinsichtlich einer Implementierung der Resolution im Gegensatz zu Irak akzeptiert habe. Irak weigere sich sogar, eine Namenliste der iranischen Kriegsgefangenen bekanntzugeben. Dies sei jedoch der erste notwendige Schritt zur Vornahme eines gegenseitigen Kriegsgefangenenaustausches. Voraussetzung dazu sei aber auch, dass sich Irak gleichzeitig mit dem Austausch von Kriegsgefangenen aus den noch besetzt gehaltenen Gebieten zurückziehe.

4.3. Libanon

Gleich wie die Schweiz ist der Iran der Auffassung, dass die Einheit des Landes gewahrt, bzw. wiederhergestellt werden müsste. Sämtliche ausländischen Truppen müssen abgezogen werden. Haupthindernis sei die israelische Präsenz im Libanon und die Intervention des Irak, der indirekt mit Israel zusammenspanne.

5. Europa

M bat uns um eine Lagebeurteilung hinsichtlich der Entwicklungen in Europa und gab dem Wunsch seines Landes nach engeren Beziehungen zur EFTA Ausdruck.

Informelle Besuche und Gespräche
des Generalsekretärs der israelischen MAPAM, Elazar Granot,
und des Informationschefs der PLO, Chaled El Hassan,
bei Staatssekretär Jacobi, Botschafter Rüegg
und Botschafter Ducrey (22.11.89)

Im Zusammenhang mit einem israelisch-palästinensischen Treffen in Zürich wurden Elazar Granot (G) und Chaled El Hassan (H) nacheinander zu informellen Besuchen bei Staatssekretär Jacobi und Botschafter Rüegg und zu Gesprächen mit Botschafter Ducrey empfangen.

G und H riefen beide die Schweiz zu einem verstärkten Engagement im Nahost-Friedensprozess auf. Europa - und insbesondere die Schweiz - könnte eine aktivere Rolle spielen im Nahen Osten. Mittels Investitionen könnten die Europäer zum Gelingen des Friedensprozesses beitragen.

G betonte, die MAPAM, eine Kleinpartei links von Labour, habe als erste zionistische Partei einen Palästinenserstaat befürwortet und die PLO als Verhandlungspartner anerkannt. Er ruft die PLO dazu auf, Israel de jure zu anerkennen und sich auf eine definitive Grenzziehung festzulegen. G stimmt dem Baker-Plan zu und empfiehlt den Palästinensern, ihn anzunehmen bevor es zu spät sei. Dadurch könne Shamir in die Enge getrieben werden.

Für H ist ein positiver Verlauf des Friedensprozesses abhängig von der Haltung der Supermächte. Diese hätten sich aber noch nicht über die anzustrebende Lösung geeinigt. Je länger eine Regelung hinausgezögert werde, desto grösser werde die Gefahr der Radikalisierung und der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes.

Bezüglich des Baker-Plans hält H folgendes fest: Die PLO ist bereit zu einem ersten palaestinensisch-israelischen Kontakt ohne Vorbedingungen. Sie beansprucht für sich allein das Recht, die Delegationsmitglieder zu bestimmen. H begründet seine Haltung mit dem Hinweis auf den nicht annehmbaren Prestigeverlust, der ein Nachgeben mit sich brächte.

Beziehungen EG/EFTA-Länder: follow-up von Brüssel

Botschafter Jakob Kellenberger führte am 22. November in Rom mit den Generaldirektoren Vanni d'Archirafi (V) (Aussenministerium) und Giovanni Sardi de Letto (S) Gespräche mit dem Ziel, die schweizerische Haltung zum Stand der follow-up von Brüssel-Arbeiten auf der Linie der Sprachregelung vom 6.11.1989 zu erklären und sich über die italienische Haltung zu informieren. Die italienischen Gesprächspartner waren zum Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht im Besitze der Kommissionsmitteilung an den Rat über die künftigen Beziehungen EG/EFTA-Länder.

V und seine Mitarbeiter befürworteten den Plan eines die vier Freiheiten weitgehend abdeckenden Vertrags über den europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Sie zeigten auch Verständnis für die schweizerische Forderung nach echten gemeinsamen Entscheidungsmechanismen im Rahmen eines Vertrages, der die Uebernahme eines erheblichen Teils bestehenden Gemeinschaftsrechts beinhalten dürfte. Stärkung der EFTA bedeutet für V in erster Linie, dass sich die EFTA-Länder in einer Weise organisieren, um in Exploration und Verhandlung mit einer Stimme sprechen zu können. Weitergehende Vorstellungen verbinden die italienischen Gesprächspartner nicht mit diesem Postulat. Dass die Schweiz kein Interesse an einer Umwandlung der EFTA im Sinne einer Annäherung an EG-Strukturen und Verfahren haben kann, schien V wie S selbstverständlich.

V wie sein für die EG-Aussenbeziehungen zuständiger Mitarbeiter liessen wiederholt durchblicken, dass das EWR-Projekt vielleicht am besten evolutiv angegangen würde. Alle Bereiche, resp. alle Probleme müssten nicht von Anfang an abgedeckt, resp. gelöst werden. Wieweit der Wunsch, den EWR-Vertrag bereits unter italienischer EG-Ratspräsidentschaft im 2. Semester 1990 unter Dach zu bringen, dieses Konzept fördert, war nicht schlüssig auszumachen. Beim erwähnten Mitarbeiter von V war er offenkundig, weshalb er eine rasche Verhandlungsaufnahme nach dem 19.12.1990 befürwortete.

S bewies die gleiche offene Grundhaltung wie die Kollegen des Aussenministeriums, zeigte sich aber weniger interessiert an den institutionellen Fragen. Er bezeichnete insbesondere einen Landwirtschaftsteil im EWR-Vertrag als wünschbar.

Staatspräsident Roh Tae Woo zu Besuch in der Schweiz

Am 25. November empfing Bundespräsident Delamuraz (CF.D) Staatspräsident Roh Tae Woo (R.), welcher sich im Zusammenhang mit Staatsbesuchen in Ungarn, der BRD, Grossbritannien und Frankreichs zu einem inoffiziellen Aufenthalt in der Schweiz befand. Während eines kurzen Gesprächs, an welchem koreanischerseits Aussenminister Choi und Handels- und Industrieminister Han teilnahmen, kamen in erster Linie wirtschaftliche Themen zur Sprache. Der Bundespräsident unterstrich u.a. die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern. Diese kämen nicht nur im bilateralen Kontext durch einen dynamisch wachsenden, dem Potential der beiden Länder allerdings noch nicht entsprechenden Handelsaustausch zum Ausdruck, sondern auch im multilateralen Umfeld, insbesondere im Zusammenhang mit den ähnlich gelagerten Interessen in der Uruguay Round des Gatt. R. bestätigte seinerseits die von CF.D gemachten Bemerkungen und unterstrich die Modellrolle, welche die Schweiz für Südkorea spiele.

Im politischen Zusammenhang wurde beiderseits auf die Rolle der Schweiz in der Ueberwachungskommission in Panmunjom hingewiesen. R. betonte zudem die zur Zeit noch intensivierten Bemühungen seines Landes um verbesserte Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten. AM Choi bestätigte anlässlich des Mittagessens zudem die bereits in Bonn von R. geäusserte Hoffnung, dass die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa auch einen günstigen Einfluss auf die koreanische Teilungsproblematik ausüben werde.

D. lud R. sowie seine Fachminister zu offiziellen Besuchen in der Schweiz ein.

Indonesischer Industrieminister Hartarto weilte vom 22. - 25.11.89
in der Schweiz

Vom 22. - 25. 11. weilte der indonesische Industrieminister Hartarto, begleitet von hohen Beamten und acht Wirtschaftsvertretern, zu einem privaten Besuch in der Schweiz. Am 23.11. wurde er von Bundespräsident J.-P. Delamuraz zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen und führte Gespräche mit Staatssekretär K. Jacobi sowie Botschafter M. Corti, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge. Daneben traf Minister Hartarto mit den Spitzen verschiedener Firmen zusammen, mit denen er die Möglichkeiten vermehrter Industriekooperation - inkl. Investitionen - mit Unternehmen seines Landes erörterte.

UNIDO: Dritte Session der Generalkonferenz
Wien, 20.-24. November 1989
(Chef der Schweizer Delegation: Botschafter P.L. Girard, BAWI)

Die dritte Generalkonferenz der UN-Industrie-Entwicklungsorganisation fand in sachbezogener und konstruktiver Atmosphäre statt und bestätigte damit, dass sich diese jüngste Spezialorganisation der UNO nach erheblichen Startschwierigkeiten hat konsolidieren können. Unter verbesserten finanziellen Voraussetzungen hat UNIDO ihren Projektumsatz in den letzten zwei Jahren um je 20 % auf rund 130 Mio. \$ steigern können. Sie hat ausserdem eine Organisationsreform eingeleitet, die zum Ziel hat, ihre Aktivitäten besser zu koordinieren und grössere Flexibilität zu erreichen.

Von den vielfältigen Aktivitäten der UNIDO im Gebiet der Industrialisierung standen die Entwicklung menschlicher Ressourcen sowie ein Umweltprogramm im Mittelpunkt der Konferenz. In beiden Bereichen soll die Rolle der UNIDO verstärkt werden.

Afrika bleibt durch die von der Konferenz erklärten zweiten Industrie-Entwicklungsdekade (IDDA) weiterhin im Zentrum der UNIDO-Aktivitäten. Der Trend zur weiteren Regionalisierung wird durch die Verabschiedung von Spezialprogrammen für Asien und Latein-Amerika unterstrichen.

Einen besonderen Stellenwert an dieser Konferenz nahm die Investitionsförderung ein. Von UNIDO wird in diesem Bereich eine aktivere Rolle erwartet. Umstritten waren die von der Konferenz verabschiedeten Richtlinien für die UNIDO Investment Promotion Service (IPS)-Stellen, die bisher vorwiegend in Industriestaaten zur Förderung von Investitionen aus deren Gastland in Entwicklungsländer (outward promotion) errichtet wurden. Die Entwicklungsländer und sozialistischen Staaten erreichten eine partielle Ausdehnung der Aktivitäten solcher Stellen (inward promotion).

Von grösserer politischer Brisanz waren auch die Debatten über die externe Verschuldung. UNIDO kann in diesem Bereich lediglich eine untergeordnete und indirekte Rolle spielen, was insbesondere von lateinamerikanischen Staaten nur schwer akzeptiert wird.

Die Konferenz verabschiedete schliesslich das ordentliche Budget für 1990/91, das sich auf 189,4 Mio. \$ beläuft sowie das operationelle Budget, das bei einem Projektvolumen von 292 Mio. \$ Einnahmen von 36,7 Mio. \$ vorsieht.

Generaldirektor D. Siazon, Philippinen, ist für eine zweite, und gemäss Statut letzte, Amtsperiode wiedergewählt worden.

Die Schweizer Delegation hat an der Konferenz eine aktive Rolle gespielt. Sie stellte einen der vier Vizepräsidenten im Hauptausschuss (Botschafter J.-P. Vettovaglia) und leitete in dieser Funktion die Arbeitsgruppe über die externe Verschuldung. Ausserdem beteiligte sie sich aktiv in den Arbeitsgruppen über Umwelt und Investitionsförderung. Die Schweiz ist ausserdem in beide Leitungsorgane der UNIDO, das Programm- und Budgetkomitee sowie in den Industrie-Entwicklungsrat für zwei bzw. vier Jahre gewählt worden.

Besuch von Botschafter P.-L. Girard in Thailand und Malaysia

Aus Anlass der SWISSTECH 89 in Bangkok und in Kuala Lumpur besuchte Botschafter P.-L. Girard, begleitet vom Präsidenten der OSEC, R. Schmid, Thailand und Malaysia. Beide Veranstaltungen, an denen in Bangkok 21 Firmen mit 28 Präsentationen und in Kuala Lumpur 17 Unternehmen mit 21 Vorträgen teilnahmen, sind auf reges Interesse gestossen. Dabei trat erstmals eine Branche - die Textilmaschinenindustrie - als geschlossene Gruppe auf.

Die zwei besuchten Länder erleben zur Zeit eine ausgesprochen dynamische Wirtschaftsentwicklung, von der auch die schweizerische Exportwirtschaft angemessen profitiert. Allerdings dürfte dieses rasche Wachstum sowohl in Thailand (Infrastrukturprobleme im Raume Bangkok, zunehmender Mangel an geschulten Arbeitskräften) als auch in Malaysia (sich abzeichnende Knappheit an ausgebildeten Arbeitnehmern) bald an gewisse Grenzen stossen. Auch hängen beide Länder aufgrund ihrer schmalen Wirtschaftsstrukturen weiterhin überdurchschnittlich stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab.

In Thailand traf Botschafter Girard zusammen mit Vizeministerpräsident Pong Sarasin, Industrieminister Bantiar Silpa-Archa, der die SWISSTECH in Bangkok eröffnete, mit Finanzminister Pramual Sabhavasu und Unterstaatssekretär Khun Pipat vom Handelsministerium. Dabei kamen neben den Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit EFTA-ASEAN (die Schweiz wird am Rande der bevorstehenden Jahreskonferenz der GATT-Vertragsparteien in Genf hohe Beamte der ASEAN- und der EFTA-Länder zu einem diesem Thema gewidmeten Arbeitessen einladen), der künftigen Zusammenarbeit im pazifischen Raum nach der APEC-Konferenz in Canberra und der künftigen Politik der ADB, auch bilaterale Fragen (ungenügender Schutz des Geistigen Eigentums im Pharmasektor, Benützung des noch offenen Betrages im 2. Mischkredit, Fortsetzung der ISA- und DBA-Verhandlungen sowie Kampf dem Verkauf gefälschter Uhren) zur Sprache. In Malaysia führte Botschafter Girard Gespräche mit dem Minister für Wissenschaft, Technologie und Umweltschutz, Amahr Stephen Yong, der die SWISSTECH in Kuala Lumpur eröffnete, dem Gouverneur der Zentralbank, Zaffar Hussein, dem stv. Minister für Handel und Industrie, Kok Wee

Kiat, sowie hohen Beamten des Aussen-, des Finanz- und des Handels- und Industrieministeriums sowie des Büros des Premierministers. Dabei wurden neben den oben erwähnten multilateralen Themen Fragen der Zusammenarbeit im Kampf gegen den zunehmend grassierenden Handel mit gefälschten Uhren sowie der unterschiedlichen Interpretation des geltenden DBA besprochen.

Vorwürfe gegen Botschafter Alfred Hohl

Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat die Vorwürfe betreffend das Verhalten des schweizerischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Alfred Hohl, anlässlich des Besuchs einer Basler Reisegruppe vom vergangenen September in Bonn sehr ernst genommen. Sofort nach Bekanntwerden des Vorfalles wurde eine Untersuchung angeordnet, im Rahmen welcher sowohl deutsche und schweizerische Teilnehmer als auch der Betroffene selbst ihren Standpunkt darlegen konnten.

Es hat sich dabei gezeigt, dass gewisse Presseberichte in ihrer Darstellung der Ereignisse diese stark übertrieben und teilweise auch falsch wiedergegeben haben. Der Vorwurf jedenfalls, wonach Botschafter Hohl die Deutschen beleidigt hätte, beruht auf einem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat und ist, aufgrund der getroffenen sorgfältigen Abklärungen, nicht begründet.

Stellungnahmen aus Kreisen der deutschen Gastgeber bezeugen eindeutig, dass sich Botschafter Hohl in keiner Art und Weise negativ oder gar verletzend über sein Gastland geäußert hat. Im Gegenteil wird ihm von höchster Stelle bestätigt, dass sein Ansehen durch diesen Abend keineswegs beeinträchtigt worden sei.

Ein weiterer Vorwurf betraf die angebliche Angetrunkenheit von Botschafter Hohl. Dazu ist festzuhalten, dass ein unglückliches Zusammenwirken eines allgemein reduzierten physischen Zustandes, die dadurch bedingte Einnahme von Medikamenten und gleichzeitigem Alkoholgenuss, die Ursache für einen, auch vom Betroffenen selbst zugegebenen und bedauerten, negativen Eindruck bildete.

Das EDA erachtet die Frage der Selbstbeherrschung und Selbstkontrolle sowie des Benehmens eines schweizerischen Diplomaten ganz allgemein als äusserst wichtig und Verstösse als schwerwiegend. Aus diesem Grund ist Botschafter Hohl nach Bern zitiert und vom Departementsvorsteher, in Anwesenheit des Direktors für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst, angehört worden. Dabei wurde ihm eine scharfe Rüge erteilt, und es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sich ein Vorfall dieser Art unter keinen Umständen wiederholen dürfe.

J.-P. KEUSCH

J.-P. Keusch

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-PB/BRS

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.i.
<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Norm. <input type="checkbox"/> Dring. <input type="checkbox"/> Fresh	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Absender	Seite-Nr.
Presse et Info	1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 48/89 du 27.11.89

- 1) Visite de M. René Felber à Luxembourg
- 2) Votations du 26 novembre 1989
- 3) G-24: Pologne et Hongrie

- 1) Visite du Chef du Département M. René Felber (BRF) à Luxembourg (20./21.11.1989)

BRF s'est rendu à Luxembourg à l'invitation son homologue Jacques Poos (P). Il a également été reçu en visite de courtoisie par Premier Ministre Jacques Santer, ainsi que par Grand Duc Jean et Présidente Chambre des Députés, Mme Erna Hennicot-Schoepges.

Entretiens avec P se sont concentrés sur problématique européenne, avant tout intégration dans perspective des discussions AELE/

CE et prochaine réunion de Bruxelles, ainsi que développements en Europe centrale et orientale.

BRF a souligné intérêt pour la Suisse d'un échange de vues à haut niveau avec pays membres de la CE qui ne sont pas voisins du nôtre, et plus particulièrement avec petits états dont sen-

27.11.89

30 21

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert Priorität Faktura Text erg. F.I.
ja nein Norm. Dring. Flash

Absender _____ Seite-Nr. 2

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

sibilités nous sont souvent plus proches. Il a rappelé position de la Suisse, telle qu'a été coordonnée au sein AELE, notamment volonté de développer concept d'un Espace économique européen (EEE), ainsi que nature politique des problèmes spécifiques de notre pays. P de son côté a souligné qu'appartenait à chaque pays non-membre de déterminer moment d'éventuelle candidature et que CE était une communauté ouverte. La neutralité ne constitue pas, à ses yeux, obstacle particulier, rien ne figurant à ce sujet dans les statuts. Efforts consentis par AELE ont été appréciés à leur juste valeur. Pour P, difficulté principale réside au niveau des futures institutions de l'EEE: CE peut admettre une participation de l'AELE à préparation des décisions (decision shaping), même par mécanisme obligatoire dans certains cas et dans domaines déterminés à l'avance, mais pas au niveau de prise de décision (decision making). Un fait nouveau mérite d'être pris en compte, évolution à l'Est. En effet, développements dans cette partie du continent ne devraient pas, selon P, détourner CE des priorités d'ajustement avec partenaires privilégiés, ni non plus porter préjudice à relations avec d'autres partenaires (p.ex. pays ACP). CE ne peut se permettre 'déconnexion' avec l'AELE à ce stade.

BRF élabore quelque peu sur spécificités suisses, notamment

ps. A. Ricci

Referenzen und Initialien

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.	Absender	Seite-Nr.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		3
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

fédéralisme, mais précise que le plus grand obstacle réside au niveau mentalités. Question de libre circulation des personnes appellera aussi traitement correspondant aux réalités de la Suisse. Quant à AELE, rien ne sert de vouloir en faire une CE au rabais, ni encore une sorte d'antichambre pour pays de l'Est. P comprend difficultés que peut rencontrer la Suisse, mais estime qu'exceptions (libre circulation des personnes) sont concevables.

P résume résultats de la réunion UEO où principes de base de la défense européenne ont été réaffirmés: statu quo des alliances, cohésion et volonté de négociation de l'OTAN, présence physique continue forces américaines, poursuite du processus d'intégration, fermeté des engagements atlantique et communautaire de l'Allemagne.

Concernant dîner des 12 de Paris (18.11.89), P remarque qu'il a permis souligner volonté politique de CE d'aider à restructuration Europe de l'Est par des mesures dans domaine commercial, coopération et formation, ainsi que par aide financière à court et moyen terme. On songe à une Banque européenne de développement (sur modèle banques régionales de développement) et Luxembourg s'interroge sur possibilité ouverte par Fonds développement social du CdE. BRF rappelle principes guidant

Date: _____

Heure: _____

J. v. P. Riccig

Referenzen und Initialien

Adresse (für Telex an Dritte)

Four horizontal lines for references and initials.

Four horizontal lines for address.

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Norm.	Dring.	Flash	

Absender	Seite-Nr.
<input type="text"/>	4

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

action de la Suisse et forme du prochain message du CF au Par-
lement.

Au plan bilatéral, BRF et P s'informent mutuellement des me-
sures prises dans domaine blanchiment d'argent sale. P
regrette blocage sur éventuelle négociation accord double-
imposition. BRF rappelle volonté de poursuivre discussions
entamées, tout en soulignant que négociation future devra
reposer sur réciprocité véritable.

Au cours entretiens avec PM Santer, questions relevant de la
fiscalité comparative, ainsi qu'entraide judiciaire en matière
pénale, ont constitué essentiel de la discussion.

2) Votations du 26 novembre 1989. Rejet de l'initiative pour
une Suisse sans armée.

Prise de position complémentaire de M. Kaspar Villiger, Chef
du Département militaire fédéral, sur les rapports avec
l'étranger.

A l'étranger, on peut prendre connaissance que la Suisse res-
tera à l'avenir un partenaire sûr en matière de politique de
sécurité. Elle continuera à prendre au sérieux ses obligations
de neutralité et ne laissera pas à d'autres le soin de défen-

Date: _____

Tel. _____

J.O. A. Rüegg

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender	Seite-Nr.
	5

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

dre son territoire. Le peuple suisse a prouvé qu'il entendait prendre sa part de responsabilité pour la stabilité en Europe et ne voulait pas se décharger sur ses voisins des exigences relatives à sa protection.

A l'étranger, la discussion sur l'abolition de l'armée a été suivie avec attention. Parfois, un certain étonnement a pu être constaté à l'égard du fait que la démocratie directe helvétique ne mette pas une barrière à des questions aussi fondamentales.

Comme le résultat des votations le montre, diverses raisons ont pu inciter un nombre relativement élevé de nos concitoyens à soutenir cette initiative.

- Le désir de paix et l'espérance que ce voeu pourrait être mieux développé sans armes.
- Des changements notoires dans le contexte de politique de sécurité: l'exigence d'ouverture et de réformes en Europe centrale et en Europe de l'Est, que nous saluons tous, ont peut-être ici et là conduit à occulter le risque armé.
- Une partie des votants, qui comme soldats de milice accom-

Reçu: _____
Date: _____
p.e. A Ric99

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert Priorität Faktura Text erg. F.I.
ja nein Norm. Dring. Flash

Absender _____ Seite-Nr. 6

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

plissent simultanément durant quelque trois décennies leurs obligations militaires, ont voulu signifier à l'armée un changement marqué, à savoir se réformer et poursuivre son développement. Vraisemblablement, le paquet de réforme 'Armée 95' n'est pas encore suffisamment connu de la population.

- Finalement il y a sûrement aussi, parmi ceux qui soutiennent l'initiative, ceux qui luttent pour un changement de notre société et de ses institutions.

Le nombre élevé des motifs devra être pris en compte dans l'interprétation du résultat des votations. Il reste que manifestement une majorité claire du peuple suisse soutient un système militaire défensif du pays. Si l'on prend en compte le fait qu'une partie de ceux qui soutiennent l'initiative n'auront voté pour l'abolition de l'armée que dans le but de la renforcer par des réformes qu'ils exigent, on peut constater avec satisfaction que la volonté d'autodétermination reste en Suisse inébranlée.

Le résultat de la votation nous renforcera aussi dans notre volonté, qu'au côté du maintien de notre armée purement défensive, nous concentrons nos efforts pour la construction des

DATE _____

Visum

p.o. A. Dügg

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

exigences actives de la paix. Encore plus que par le passé nous devons nous efforcer de recourir à l'offre de nos bons offices dans le cadre de la politique extérieure et militaire pour assurer la paix partout où l'on pourra l'attendre de nous.

Les versions allemande, italienne et anglaise suivent par courrier.

3) G-24 : Suivi du Sommet de L'Arche - Pologne et Hongrie
Bruxelles, le 24 11.1989

La réunion a tout d'abord entendu les communications des actions engagées ou en préparation de la part des délégations. Des apports de substance ont été communiqués notamment par la CCE, RFA, Etats-Unis et le Japon. La Suisse a fait part de la récente décision du CF relative à un message aux Chambres.

Les participants ont, ensuite, fait le point des travaux des sous-groupes (investissements, formation, approvisionnement alimentaire et environnement). Au moment où les enceintes passent à la phase opérationnelle de la concertation l'interface avec les deux pays concernés devient crucial. Aussi fut

Date: _____
Signature: *J. A. Rüegg*

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert <input type="checkbox"/>		Priorität <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Faktura <input type="checkbox"/>	Text erg. <input type="checkbox"/>	F.I. <input type="checkbox"/>
Ja Nein		Norm.	Dring.	Flash			

Absender Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

-il souhaité que les sous-groupes élaborent certaines priorités.

Suite au ''mini-sommet'' de Paris du 18.11 et en vue de la ministérielle du G-24, une place particulière est revenue aux nouvelles initiatives. Il s'agit à titre prioritaire d'un fonds destiné à la stabilisation de la monnaie polonaise d'un mia US dollars en relation avec le programme en cours de négociation avec le FMI. La CCE, sous l'impulsion de la RFA, a en outre plaidé en faveur d'une nouvelle action d'aide alimentaire directe à la Pologne au cours de l'hiver. D'autre part il a également été question d'une aide à la balance de paiements à la Hongrie, dont une partie serait articulée en crédit de soudure. Aucun détail ne s'est par contre dégagé au sujet de la banque du développement de l'Europe de l'Est, évoquée lors du mini-Sommet.

Le dernier volet a été consacré à la ministérielle du 13.12 qui est censée donner une impulsion politique à la démarche de soutien des réformes en cours en Pologne et Hongrie. Il convient de s'attendre en outre à une séance de ''pledging'', notamment au sujet du Fonds de stabilisation pour la Pologne. Ce dernier pays ainsi que la Hongrie ont été invités à participer à un niveau politique élevé.

Visum

[Signature]

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F. I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

9

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

On peut relever, enfin, qu'avec la réunion du 24.11 le groupe a ultérieurement consolidé son assise. En cherchant le contact direct avec la Pologne et la Hongrie et en développant le dialogue avec les instances multilatérales présentes (FMI, BM, Club de Paris, OCDE, BEI), le G-24 complète son profil. D'autre part, il n'a pas été question d'une extension de son action à d'autres pays d'Europe de l'Est. La Suisse était représentée par délégation DFEP/DFAE, coprésidée par Arioli et Lautenberg avec DP I et DDA. Keusch.

////

Copie BRF JAC KJP PB SWL

NNNN

f.o. Budeg

i. A. 22.14.7.3.Interne Verteilerliste**Original direkt weitergeleitet**Betrifft:

IH + DP 48189

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Erard	ER
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH + DP